

Verkehrslärm in Grevenbroich: Gustorfer klagen über Lkw-Lärm auf der L116



Über erheblichen Verkehrslärm von der L 116 her – insbesondere durch Lkw – beschweren sich Gustorfer und Gindorfer. Auch Politiker fordern Lösungen. Foto: Dieter Staniek

Grevenbroich Bürger beschweren sich über Verkehrslärm von der L 116,

Politiker fordern Lösungen. Das Verkehrsministerium sieht aber Voraussetzung für Lärmsanierung nicht gegeben. Ein Gustorfer überlegt, selbst ein Gutachten erstellen zu lassen.

Der Verkehrslärm von der L 116 zwischen Grevenbroich und Bedburg nervt viele Gustorfer und Grevenbroicher. Nach Beschwerden wurden UWG und „Mein Grevenbroich“ mit Anträgen aktiv. Bei drei Tagesordnungspunkten wird sich der Bauausschuss am Donnerstag, 8. November, mit der Straße befassen. Lärmschutz allerdings ist nicht in Sicht.

Rund 250 Meter von der Landesstraße entfernt wohnt Dr. Armin Scholz in Gustorf, er hat die L 116 im Blick. „Der Lastwagen-Verkehr hat enorm zugenommen“, stellt er fest. „Und in Hauptverkehrszeiten braucht man an der Auffahrt zur L 116 oft zehn Minuten, um auf die Straße abzubiegen“, berichtet er. „Der Verkehrslärm von der L 116 ist bis fast zur Ortsmitte zu hören. Um 5 Uhr muss man wegen des Dauergeräuschs die Fenster schließen, Langfristig löst das Gesundheitsschäden aus“, erklärt Armin Scholz. Eine Messung mit einem Messgerät habe 70 bis 90 Dezibel ergeben.

INFO

Grüne wollen für Lkw Vorrangrouten ändern

Antrag Die Grünen fordern, bei der Navigation für Lkw-Fahrer die L 116 bei Gustorf/Frimmersdorf nicht als Vorrangroute auszuweisen, über die Lkw geleitet werden. Solche Routen können seit 2017 ausgewiesen werden.

Antwort Die Stadt erklärt, dass eine „Insellösung“ nicht möglich sei, schließlich ende Lkw-Verkehr aus Bedburg nicht an der Grenze. Sie plädiert dafür, die bisherige Festlegung bis zu einem neuen Mobilitätskonzept anzuwenden.

Beschwerden aus Gustorf und Gindorf gibt es sei langem. Die Fraktion „Mein Grevenbroich“ fordert, dass die Stadt ein Konzept zu kurzfristig umsetzbaren Lärmschutzmaßnahmen – unter anderem durchgehend Tempo 70 entlang der Orte – erarbeitet, mit Straßen.NRW abstimmt und „zeitnah“ umsetzt. Die UWG macht sich für eine Lkw-Mautpflicht stark. „Viele Lastwagenfahrer nutzen die Straße als Abkürzung zwischen A 46 und A 61 und wollen die dort fällige Maut sparen“, erläutert UWG-Fraktionsgeschäftsführer Hubert Rütten. Die Stadt wandte sich ans Verkehrsministerium.

Die L116 nehme eine wichtige Verbindungsfunktion zwischen Autobahnen ein, „mit durchschnittlich circa 12.500 Kraftfahrzeugen am Tag „ist die Verkehrsbelastung jedoch nicht am Rande der Leistungsfähigkeit angelangt“, heißt es in Düsseldorf. Lärmschutzmaßnahmen seien schon früher gefordert worden, „allerdings wurden die Voraussetzungen für eine Lärmsanierung in keinem Fall erreicht“, teilt das Ministerium mit. Die vor kurzem erfolgte Freigabe der Autobahn 44n werde „zu einem Rückgang der Verkehrszahlen auf der L 116 führen“, dadurch werde sich die Situation verbessern. Zur Maut ergänzt Stadtsprecher Stephan Renner: „Die Festlegung einer Mautstrecke ist Sache übergeordneter Behörden. Sie ist von einer bestimmten Verkehrsmenge abhängig, die auf der L 116 nicht geben ist.“

„Von einer Verringerung des Verkehrs durch die A 44n haben wir bislang noch nichts bemerkt“, erklärt Rütten. Die UWG werde bei den Themen Maut und Verkehrslärm „am Ball bleiben, schließlich wird der Verkehr durch das geplante Logistikzentrum an der Grenze zwischen Grevenbroich und Jüchen noch zunehmen.“ Der Gustorfer Armin Scholz hält die Argumentation, „dass die Voraussetzungen für eine Lärmsanierung nicht gegeben sei, „für blauäugig“. Er überlegt, selbst „ein Lärmgutachten in Auftrag zu geben“.

Unzufrieden mit der Antwort der Behörden ist auch Martina Suermann von „Mein Grevenbroich“. „Mit keinem Wort wird auf die von uns geforderte Temporeduzierung von 100 auf 70 eingegangen.“ Viele Fahrer würden an der Steigung auf Höhe Gustorf/Gindorf mehr Gas gegeben, das führe zu mehr Lärm. Daran ändere eine Verringerung des Verkehr durch die A 44n nichts. „Mit einfachen Maßnahmen, wie der Temporeduktion in Bereichen der Wohnbebauungen, wäre den Bedürfnissen der Anwohner Rechnung getragen. Warum wird das nicht in Erwägung gezogen?““